

Tobak-Arbeiter

Nr 88 / Bremen, den 18. Sept. 1926

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Der Tobak-Arbeiter erscheint wöchentlich und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Monatlicher Bezugspreis 40 Goldpfennig ohne Bringerlohn. — Anzeigenpreis 50 Goldpfennig für die vierspaltige Zeile. — Schluß der Anzeigenannahme und der Redaktion Montag abend. — Verantwortlicher Redakteur: Ferdinand Bahms. — Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Karl Reichmann. — Druck: Bremer Buchdruckerei und Verlagsanstalt J. S. Schmalstieg & Co. — Sämtlich in Bremen

Verbandsvorstand, Redaktion u. Expedition: Bremen, Am der Weide 201, Telefon: Amt Roland 8048. — Selbst- und Einschreibendungen an Johannes Krohn. — Postcheckkonto 5349 beim Postfachamt Hamburg. — Bankkonto: Bankabteilung der Grobhandlungsgesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg und Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Berlin. — Verbandsvorsitzender: Karl Reichmann. — Verbandsauschuss: E. Schone, Hamburg, Delfenbörcher 57, Zimmer 45-46.

Gemeinschaftsarbeit?

Auf der diesjährigen Tagung des Reichsverbandes der Industrie, die am 3. und 4. September in Dresden stattfand, hat der Großindustrielle Dr. Silverberg eine Rede gehalten, mit der sich die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft in eingehender Weise beschäftigen muß, weil sie sich mit einer Reihe von Fragen befaßt, deren Beantwortung für die Gewerkschaften von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist. Dr. Silverberg ist Generaldirektor der Rheinischen Aktiengesellschaft für Braunkohlenbergbau und Briquetfabrikation, der maßgebendste Kopf des Rheinischen Braunkohlensyndikats und ähnlichen Organisationen der rheinischen Industrie. Als Mitglied des Präsidiums des Reichsverbandes der deutschen Industrie übt er auch dort seinen Einfluß aus. Sein Name wurde seinerzeit öfter genannt, als er gemeinsam mit Stinnes nach der Revolution einen Sozialisierungsplan für den Bergbau ausgearbeitet hatte. Es ist nun von besonderer Bedeutung, daß die Rede Silverbergs vorher dem Präsidium des Reichsverbandes vorgelesen hat und von diesem einstimmig gebilligt worden war. Somit können die entscheidenden Stellen der Silverbergschen Rede als eine Meinung der leitenden Mitglieder des Reichsverbandes gelten. Zusammengefaßt sagte Dr. Silverberg folgendes:

Das deutsche Unternehmertum hat gegen den neuen Staat, wie er sich nach der Revolution gebildet, eine ablehnende Haltung eingenommen. Nachdem für die Wirtschaft und das Volk eine erträgliche Basis geschaffen war und die politische Not zu einer Zusammenarbeit zwischen den nachrevolutionären Regierungen und dem Unternehmertum geführt hat, steht das deutsche Unternehmertum restlos auf staatsbejahendem Standpunkt. Silverberg verurteilte dann die Finanz- und Steuerpolitik der Regierung Luther, den er als Freund der Industrie ablehnte. Die Unterstützung des Dawesplans durch die Industrie war notwendig, und die verflochtenen Jahre haben die Wichtigkeit dieser Politik erwiesen. Bedauerlich ist der Uebergang von selbständigen industriellen Unternehmungen in die Form von juristischen Personen. Die so erfolgte Erstarkung des modernen Finanzkapitals hat den unerfreulichen Handel mit Aktienpaketen gebracht, wodurch das Unternehmertum zum Handels- und Spekulationsobjekt wurde. Die Kartelle und Syndikate waren notwendig, sie werden auch durch die Fortentwicklung zu trustartigen Gebilden nicht überflüssig. Ueber die Einstellung des Unternehmertums zur Arbeiterschaft äußerte sich Silverberg wörtlich folgendermaßen:

Es muß rückhaltlos und dankbar anerkannt werden, daß die alten Gewerkschaften, soweit sie über einen alten Stamm gewerkschaftlich geschulter und disziplinierter Mitglieder und charakterfester Führer verfügen — ich nenne hier, ihn und uns ehrend, den Namen Legien — sich große Verdienste dadurch erworben haben, daß sie ernstlich mitwirkten, die revolutionäre Bewegung von den Arbeiter- und Soldatenräten wieder zu einer geordneten Staatsverwaltung zu führen. Und dankbar sei an dieser Stelle und in diesem Zusammenhang des ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert gedacht. Aber wie die Gewerkschaft nach unerwünschten Zuwachs aus den sogenannten November-Sozialisten erfuhren, so ist auch manche gewerkschaftliche Organisation als Novembergewerkschaft anzusprechen. Und wir wollen hoffen, daß die sogenannte Reinigungsstrafe, in der wir uns heute noch befinden, hier nicht Halt macht. Ich hoffe aber, daß sie auch bei den Ueberorganisationen, die sich in dem Verbandswesen des industriellen Unternehmertums ausgebildet haben, ebenfalls nicht Halt macht. Es ist nicht zu verkennen, daß sich in dem deutschen Unternehmertum eine Wandlung der Geister vollzogen hat. Diese zu umschreiben, ist nicht möglich, ohne das politische Gebiet zu streifen.

Es hieße sich selbst etwas vormachen, wollte man verkennen, daß die überwiegende Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft in der Sozialdemokratie eine Minderheit in der Zentrumspartei ihre politische Vertretung findet. Die in den christlichen Gewerkschaften organisierte Minderheit leidet unter allen Schwächen einer Minderheit, die sich vor allem in der Ueberspannung sozial- und lohnpolitischer Forderungen

ausdrückt, die wieder bei der Mehrheit, den freien Gewerkschaften, die Tendenz zum Ueberbieten auslöst. Das Unternehmertum hat darauf sehr zu achten, daß es nicht noch mehr, wie es schon geschehen ist, von diesem Wettstreit, dem wirtschaftliche Ueberlegungen fremd sind, betroffen wird und dessen Zehne zu zahlen hat. Aber nicht nur dem Unternehmertum erwachsen aus dieser Lage besondere Schwierigkeiten; sie entstehen mindestens in demselben Umfange für die Zentrumspartei, solange die Sozialdemokratie Oppositionspartei ist.

Deshalb ist es eine auf die Dauer in höchstem Maße allgemeinpolitisch und wirtschaftspolitisch unerträgliche und schädigende Lage, wenn eine große Partei wie die Sozialdemokratie in einer im deutschen Parlamentarismus mehr oder weniger verantwortungsfreien Opposition steht. Man sagte einmal, es kann nicht gegen die Arbeiterschaft regiert werden. Das ist nicht richtig. Es muß heißen: Es kann nicht ohne die Arbeiterschaft regiert werden. Und wenn das richtig ist, muß man den Mut zur Konsequenz haben, es soll nicht ohne die Sozialdemokratie, in der die überwiegende Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft ihre politische Vertretung sieht, regiert werden. Die deutsche Sozialdemokratie muß zur verantwortlichen Mitarbeit heran. Und sie wird auch als Partei zugrunde gehen, wenn sie sich nicht hierzu entschließt.

Ich glaube also hier feststellen zu dürfen, daß das industrielle Unternehmertum sich zu der Erkenntnis durchgerungen hat, daß das Heil für Deutschland und Deutschlands Wirtschaft nur in der vertrauensvollen Kooperation mit der deutschen Arbeiterschaft liegt, und daß, darauf fußend, auch weite Kreise des deutschen industriellen Unternehmertums den Mut zu der Schlussfolgerung haben, daß die politische Mitarbeit und Mitverantwortung der Sozialdemokratischen Partei angestrebt werden muß.

Soweit Dr. Silverberg. Man muß anerkennen, daß er den Mut aufgebracht hat, etwas öffentlich zu bekennen, was von großen Schichten des Unternehmertums bisher strikte abgelehnt wurde. Aber es wäre verfehlt, annehmen zu wollen, daß Dr. Silverberg seine Rede aus Liebe zu den freien Gewerkschaften oder zur Sozialdemokratischen Partei gehalten hätte. Maßgebend für den Stimmungswechsel dürfte vielmehr die Erkenntnis sein, daß eine Reichsregierung, die „deutsch-nationale“ Außenpolitik treibt, nicht zum Abschluß von internationalen Verträgen kommen kann, wie die Industrie sie zu ihrer ferneren Entwicklung braucht. Außerdem ist die Rede Dr. Silverbergs ein Zeichen der zunehmenden Stärke und des wachsenden Einflusses der freien Gewerkschaften, die man trotz der verheerenden Inflation und trotz der Förderung und Begünstigung von Werksgemeinschaften und gelben Verbänden nicht hat klein kriegen können. Aber auch wenn andere Gründe die Ausführungen Dr. Silverbergs verursacht hätten, auf alle Fälle hat die Arbeiterschaft die Pflicht, zu ihnen Stellung zu nehmen.

Nach der bisherigen Einstellung des Unternehmertums braucht man sich nicht weiter darüber zu wundern, daß die Arbeiterschaft den Worten Dr. Silverbergs mit einem gesunden und berechtigten Mißtrauen gegenübersteht. Sie will erst einmal Taten sehen, will abwarten, wie das Unternehmertum sich in Zukunft zu den großen sozialpolitischen Fragen stellt, ehe sie in der empfohlenen „vertrauensvollen Kooperation“ des industriellen Unternehmertums mit der deutschen Arbeiterschaft mehr als bloße Worte sieht. Die Gewerkschaften haben sich noch niemals geweigert, für gewisse Zeiten zu bestimmten Zwecken mit den Unternehmern und ihren Verbänden zusammenzuarbeiten. Auch in Zukunft werden sie eine solche Zusammenarbeit nicht ablehnen, wenn dabei die Gleichberechtigung gewahrt wird und ihre berechtigten Forderungen Berücksichtigung finden. Sie müssen es jedoch ablehnen, sich der Führung des Unternehmertums unterzuordnen und damit zum Anhängsel der Unternehmerverbände herabzusinken. Ebenso müssen sie es ablehnen, auf den Klassenkampf zu verzichten. Was soll überhaupt die Forderung des Verzichtes auf den Klassenkampf? Führen die Unternehmer und ihre Organisation etwa keinen Klassenkampf, un-

sind sie nicht gewillt, ihn auch fernerhin zu führen? Wir möchten den sehen, der den Mut aufbringt, diese Fragen zu verneinen. Wir Gewerkschafter verstehen unter Klassenkampf die Tätigkeit, die wir zu allen Zeiten und auf allen Gebieten für die Rechte der Arbeiter im Produktionsprozeß, im Staat und in der Gesellschaft ausüben. Gerade der gewerkschaftliche Kleinkrieg um den Anteil am Arbeitsertrag, um die Regelung der Arbeitszeit, um den Schutz der Schwachen und um das Recht des Tarifvertrages, kurzum, die ganze Tätigkeit, die die Gewerkschaften Tag für Tag im Interesse der Arbeiterinnen und Arbeiter verrichten, ist Klassenkampf im besten Sinne des Wortes. Diesen Klassenkampf gedenken wir fortzusetzen, solange es eine kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gibt.

Im übrigen fordert Dr. Silverberg die Sozialdemokratische Partei auf, an der Regierungsgewalt mit teilzunehmen. Darüber hat selbstverständlich in erster Linie die Sozialdemokratische Partei zu entscheiden. Aber wir stehen nicht an, zu erklären, daß wir den Tag segnen würden, an dem es der Sozialdemokratischen Partei möglich wäre, in der Regierung selbst ihren Einfluß zugunsten der arbeitenden Bevölkerung geltend zu machen. Ohne unsere Erwartungen allzu hoch zu spannen, sind wir der Meinung, daß dann manches mehr erreicht und vieles verhindert werden könnte. Schließlich ist der Arbeiterschaft mit dem geringsten Fortschritt mehr gedient als mit der lautesten Opposition.

Steuerwert der von April bis Juni 1926 verkauften Tabaksteuerzeichen

Nach dem amtlichen Ausweis wurden im ersten Viertel des Rechnungsjahres 1926 (April bis Juni) Tabaksteuerzeichen verkauft für

| Zigaretten | | |
|------------------------------|--|-------------------------|
| Kleinverkaufspreis pro Stück | Versteuerte Menge nach dem Wert der Tabaksteuerzeichen berechnet | Prozent der Gesamtmenge |
| bis zu 2 S | 1 305 Tausend Stück | 0,1 |
| 3 S | 7 221 Tausend Stück | 0,5 |
| 4 S | 18 548 Tausend Stück | 1,4 |
| 5 S | 91 955 Tausend Stück | 7,0 |
| 6 S | 86 468 Tausend Stück | 6,6 |
| 7 S | 35 706 Tausend Stück | 2,7 |
| 8 S | 83 718 Tausend Stück | 6,4 |
| 9 S | 5 445 Tausend Stück | 0,4 |
| 10 S | 335 354 Tausend Stück | 25,4 |
| 11 S | 2 784 Tausend Stück | 0,2 |
| 12 S | 75 453 Tausend Stück | 5,7 |
| 13 S | 4 190 Tausend Stück | 0,3 |
| 14 S | 2 678 Tausend Stück | 0,2 |
| 15 S | 294 691 Tausend Stück | 22,3 |
| 16 S | 2 883 Tausend Stück | 0,2 |
| 17 S | 961 Tausend Stück | 0,1 |
| 18 S | 4 911 Tausend Stück | 0,4 |
| 19 S | 184 Tausend Stück | 0,0 |
| 20 S | 170 001 Tausend Stück | 12,9 |
| 22 S | 1 038 Tausend Stück | 0,1 |
| 25 S | 47 878 Tausend Stück | 3,6 |
| über 25 S | 46 024 Tausend Stück | 3,5 |
| Insgesamt | 1 819 392 Tausend Stück | 100,0 |

| Zigaretten | | |
|------------------------------|--|-------------------------|
| Kleinverkaufspreis pro Stück | Versteuerte Menge nach dem Wert der Tabaksteuerzeichen berechnet | Prozent der Gesamtmenge |
| bis zu 1/2 S | 8 188 Tausend Stück | 0,1 |
| 1 S | 10 090 Tausend Stück | 0,1 |
| 1 1/2 S | 6 118 Tausend Stück | 0,1 |
| 2 S | 84 171 Tausend Stück | 1,1 |
| 2 1/2 S | 13 097 Tausend Stück | 0,2 |
| 3 S | 1 066 411 Tausend Stück | 14,7 |
| 4 S | 2 628 573 Tausend Stück | 35,7 |
| 5 S | 2 764 490 Tausend Stück | 37,4 |
| 6 S | 564 982 Tausend Stück | 7,7 |
| 7 S | 2 253 Tausend Stück | 0,0 |
| 8 S | 125 759 Tausend Stück | 1,7 |
| 10 S | 80 535 Tausend Stück | 1,1 |
| 12 S | 5 389 Tausend Stück | 0,1 |
| 15 S | 3 281 Tausend Stück | 0,0 |
| über 15 S | 756 Tausend Stück | 0,0 |
| Insgesamt | 7 874 056 Tausend Stück | 100,0 |

Zigarettenhüllen 287 536 Tausend Stück

| Rautabak | | |
|------------------------------|--|-------------------------|
| Kleinverkaufspreis pro Stück | Versteuerte Menge nach dem Wert der Tabaksteuerzeichen berechnet | Prozent der Gesamtmenge |
| bis zu 6 S | 708 Tausend Stück | 1,0 |
| 10 S | 1 549 Tausend Stück | 2,2 |
| 12 S | 166 Tausend Stück | 0,2 |
| 15 S | 36 926 Tausend Stück | 52,9 |
| 20 S | 29 018 Tausend Stück | 41,6 |
| über 20 S | 1 443 Tausend Stück | 2,1 |
| Insgesamt | 69 810 Tausend Stück | 100,0 |

| feingeschnittenen Rauchtobak | | |
|------------------------------|--|-------------------------|
| Kleinverkaufspreis pro Kilo | Versteuerte Menge nach dem Wert der Tabaksteuerzeichen berechnet | Prozent der Gesamtmenge |
| bis zu 6 M | 46 364 Kilogramm | 38,0 |
| 7 M | 31 097 Kilogramm | 25,5 |
| 8 M | 2 306 Kilogramm | 1,9 |
| 9 M | 103 Kilogramm | 0,1 |
| 10 M | 7 438 Kilogramm | 6,1 |
| 12 M | 2 600 Kilogramm | 2,1 |
| 14 M | 7 916 Kilogramm | 6,5 |
| 16 M | 6 393 Kilogramm | 5,2 |
| 18 M | 1 280 Kilogramm | 1,0 |
| 20 M | 8 207 Kilogramm | 6,7 |
| über 20 M | 8 396 Kilogramm | 6,9 |
| Insgesamt | 122 100 Kilogramm | 100,0 |

| Pfeifentabak | | |
|-----------------------------|--|-------------------------|
| Kleinverkaufspreis pro Kilo | Versteuerte Menge nach dem Wert der Tabaksteuerzeichen berechnet | Prozent der Gesamtmenge |
| bis zu 1,- M | 278 875 Kilogramm | 3,0 |
| 2,- M | 487 738 Kilogramm | 5,3 |
| 2,50 M | 227 478 Kilogramm | 2,5 |
| 3,- M | 543 687 Kilogramm | 5,9 |
| 3,50 M | 67 543 Kilogramm | 0,7 |
| 4,- M | 1 204 231 Kilogramm | 13,1 |
| 4,50 M | 46 214 Kilogramm | 0,5 |
| 5,- M | 660 540 Kilogramm | 7,2 |
| 5,50 M | 9 025 Kilogramm | 0,1 |
| 6,- M | 2 936 892 Kilogramm | 31,8 |
| 7,- M | 610 479 Kilogramm | 6,6 |
| 8,- M | 1 218 233 Kilogramm | 13,2 |
| 9,- M | 91 268 Kilogramm | 1,0 |
| 10,- M | 610 208 Kilogramm | 6,6 |
| über 10,- M | 234 321 Kilogramm | 2,5 |
| Insgesamt | 9 226 732 Kilogramm | 100,0 |

| Schnupftabak | | |
|-----------------------------|--|-------------------------|
| Kleinverkaufspreis pro Kilo | Versteuerte Menge nach dem Wert der Tabaksteuerzeichen berechnet | Prozent der Gesamtmenge |
| bis zu 1 M | 40 Kilogramm | 0,0 |
| 2 M | 5 315 Kilogramm | 0,9 |
| 3 M | 40 563 Kilogramm | 7,0 |
| 4 M | 171 973 Kilogramm | 29,7 |
| 5 M | 54 524 Kilogramm | 9,4 |
| 6 M | 31 253 Kilogramm | 5,4 |
| 7 M | 173 963 Kilogramm | 30,0 |
| 8 M | 46 445 Kilogramm | 8,0 |
| über 8 M | 55 270 Kilogramm | 9,8 |
| Insgesamt | 579 346 Kilogramm | 100,0 |

Insgesamt betrug der Steuerwert der verkauften Tabaksteuerzeichen für

| | |
|----------------------------|-----------------------|
| Zigaretten | 34 506 919 Reichsmark |
| Zigaretten | 79 452 339 Reichsmark |
| Rautabak | 597 110 Reichsmark |
| Feinschnitt | 571 610 Reichsmark |
| Pfeifentabak | 10 741 263 Reichsmark |
| Schnupftabak | 340 786 Reichsmark |
| Zigarettenhüllen | 431 304 Reichsmark |

Insgesamt 126 641 281 Reichsmark

An Zigarettentabak sind in der Zeit vom 1. April bis zum 30. Juni 1926 insgesamt 6 582 481 kg in die Herstellungsbetriebe verbraucht worden.

Tabakarbeiterbewegung

Ein neuer Präsident der Cigar Makers' International Union

Die Mitglieder der Cigar Makers' International Union in Nordamerika haben sich einen neuen Präsidenten gewählt. Von insgesamt 12 249 abgegebenen Stimmen erhielt Ornburn 6338 und Lemke 5308, während 603 ungültig waren. Kollege Ornburn wird sein Amt am 1. Januar 1927 antreten. Es ist zu hoffen, daß dann auch der Weg für einen Anschluß der amerikanischen Tabakarbeiterorganisation an das Internationale Tabakarbeiter-Sekretariat in Amsterdam frei wird.

Der jetzige Präsident der Cigar Makers' International Union, G. W. Perkins, hatte eine nochmalige Kandidatur abgelehnt, nachdem er unter den vorgeschlagenen Kandidaten an vierter Stelle stand. Mit ihm scheidet ein Mann vom Präsidentenplatz, der der amerikanischen Tabakarbeiterbewegung jahrzehntelang seinen Stempel aufgedrückt hat. Schon im Jahre 1884 wurde Perkins, der auf eine mehr als fünfzigjährige Mitgliedschaft zurückblicken kann, zweiter Vizepräsident, ein Jahr später erster Vizepräsident und im Jahre 1891 Präsident der amerikanischen Tabakarbeiterorganisation. Diesen Posten hat er bis heute ununterbrochen bekleidet. Nun sind auch seine Tage als Organisationsleiter gezählt.

Die Gewerkschaft der Tabakarbeiterinnen und -arbeiter in der Tschechoslowakei im Jahre 1925

In der neuesten Nummer der „Gewerkschaftlichen Umschau“ veröffentlicht der deutsche Gewerkschaftsbund in der Tschechoslowakei seinen Jahresbericht für 1925. Darin finden wir auch Angaben über die Gewerkschaft der Tabakarbeiterinnen und -arbeiter in der Tschechoslowakischen Republik. Diese hatte am Schluß des Jahres 1925 in acht Ortsgruppen 2906 Mitglieder, von denen 400 männlich und 2506 weiblich waren. Davon waren drei Ortsgruppen mit 1130 Mitgliedern in Böhmen und fünf Ortsgruppen mit 1776 Mitgliedern in Mähren. Außerdem sind unserer Schwesterorganisation noch 2100 Pensionisten in einer besonderen Sektion angeschlossen. — Einer Gesamteinnahme von 231 682,18 Kronen stand eine Gesamtausgabe von 208 348,32 Kronen gegenüber. Das Vermögen betrug am Ende des Berichtsjahres 181 897,91 Kronen. In der spezialisierten Aufstellung über die Ausgaben der Organisation findet sich auch ein Betrag in Höhe von 9398,16 Kronen, der einem Widerstandsfonds überwiesen worden ist. (Eine tschechoslowakische Krone hat nach deutschem Gelde einen Wert von 12,5 J.) — Das vierzehntägliche erscheinende Fachblatt hat eine Auflage von 3900.

Tabakgewerbliches

Tabakaußenhandel im Juli

Nach dem vorläufigen Ergebnis des deutschen Außenhandels wurden im Juli dieses Jahres 58 911 Doppelzentner Rohtabak im Werte von 13 930 000 RM. eingeführt und 248 Doppelzentner Rohtabak im Werte von 69 000 RM. ausgeführt. Bei einem Vergleich mit den entsprechenden Angaben für den Vormonat zeigt sich, daß sowohl die Einfuhr wie auch die Ausfuhr von Rohtabak zugenommen hat.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in der Tabakindustrie im Monat August

Von insgesamt 53 991 (17 760 männlichen und 41 231 weiblichen) Mitgliedern, die von der Erhebung des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes über die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in der Tabakindustrie am Ende des Monats August erfasst wurden, waren 9261 (1995 männliche und 7266 weibliche) völlig arbeitslos, 11 982 (2095 männliche und 9887 weibliche) mußten verkürzt arbeiten und 32 748 (8670 männliche und 24 078 weibliche) konnten ihre Arbeitszeit voll ausnutzen. Das ergibt auf je 100 Mitglieder 17,15 Arbeitslose, 22,19 Kurzarbeiter und 60,66 Vollarbeiter gegen 20,11 Arbeitslose, 20,23 Kurzarbeiter und 59,66 Vollarbeiter im Vormonat. Es zeigt sich also eine geringe Zunahme der Vollarbeiter, wobei zu beachten ist, daß bei einer Abnahme der Verhältniszahl der Arbeitslosen, die Verhältniszahl der Kurzarbeiter zugenommen hat. Ueber die Verkürzung der Arbeitszeit im einzelnen berichtet folgende Zusammenstellung:

| Verkürzt arbeiteten um | männlich | weiblich | zusammen |
|------------------------|-------------|-------------|--------------|
| 1— 8 Stunden | 719 | 2448 | 3167 |
| 9—16 Stunden | 632 | 3242 | 3874 |
| 17—24 Stunden | 668 | 8525 | 4191 |
| 25 und mehr Stunden | 78 | 672 | 750 |
| Insgesamt | 2095 | 9887 | 11982 |

Nunmehr lassen wir eine spezialisierte Darstellung des Gesamtergebnisses folgen, um zu zeigen, wie es mit der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in den einzelnen Zweigen der Tabakindustrie aussieht. (Dabei muß beachtet werden, daß die Zahl der weiblichen Mitglieder jedesmal eingeklammert ist.)

Von den in der Zigarrenindustrie erfaßten 34 963 (25 177) Mitgliedern waren 6338 (4691) arbeitslos, während 6220 (4810) verkürzt arbeiten mußten.

In der Zigarettenindustrie waren von den erfaßten 14 691 (13 352) Mitgliedern 2638 (2398) Arbeitslose und 5042 (4657) Kurzarbeiter.

Aus der Rauch- und Schnupftabakindustrie wurden insgesamt 2064 (1379) Mitglieder erfaßt, von denen 194 (136) arbeitslos waren und 217 (134) verkürzt arbeiten mußten.

Die Rautabakindustrie hatte bei 2273 (1323) insgesamt erfaßten Mitgliedern 91 (39) Arbeitslose und 503 (286) Kurzarbeiter.

Um die vorstehenden Angaben besser auswerten zu können, veröffentlichen wir auch die Verhältniszahlen für die einzelnen Zweige der Tabakindustrie, wobei wir zu Vergleichszwecken die entsprechenden Verhältniszahlen des Vormonats (in Klammern) gleich mit anführen. Von je 100 erfaßten Mitgliedern waren

| | Arbeitslose | Kurzarbeiter | Vollarbeiter |
|---------------------------------|---------------|---------------|---------------|
| Zigarrenindustrie | 18,13 (22,27) | 17,79 (20,50) | 64,08 (57,23) |
| Zigarettenindustrie | 17,96 (19,25) | 34,32 (22,59) | 47,72 (58,16) |
| Rauch- u. Schnupftabakindustrie | 9,40 (7,97) | 10,51 (11,55) | 80,09 (80,48) |
| Rautabakindustrie | 4,00 (2,80) | 22,13 (8,49) | 73,87 (88,71) |

Einer allgemeinen Besserung des Beschäftigungsgrades in der Zigarrenindustrie steht demnach eine wesentliche Erhöhung der Kurzarbeiterzahlen in der Zigaretten- und Rautabakindustrie gegenüber.

Im Monat Juli kamen nach der in der Reichsarbeitsverwaltung bearbeiteten Zusammenstellung auf je 100 offene Stellen für Tabak- und Zigarrenarbeiter 996 Arbeitsuchende bei insgesamt 1128 Vermittlungen und auf je 100 offene Stellen für Tabakarbeiterinnen 921 Arbeitsuchende bei insgesamt 3489 Vermittlungen.

Stimmen der Mitglieder

Nachklänge der Halle'schen Gaukonferenz

Der Bericht von der Gaukonferenz am 22. 8. in Halle veranlaßt mich, einige kritische Betrachtungen aufzustellen. Diese Kritik richtet sich in erster Linie an die Leipziger Kollegenschaft bzw. an ihre Funktionäre. Jeder Kollege und jede Kollegin muß beim Lesen des Berichts in Nr. 36 feststellen, daß die Konferenz und deren Inhalt auf ein Niveau herabgedrückt werden sollte, daß man vielleicht vorziehen wird, an späteren Gaukonferenzen nicht mit teilzunehmen. Ihr Leipziger Funktionäre mögt ganz gute Gewerkschafter sein, aber diese Kampfmethode müßt Ihr Euch abgewöhnen. Wenn Ihr Euch durch den Gauleiter oder sonst wen geschädigt fühlt, dann meine ich, ist der Kollegenschaft durch Sachlichkeit und Ausschaltung solcher Dinge, wie Beteiligung am Festessen, besser gedient. Auch wir in unserer Zahlstelle haben Differenzen mit dem Gauleiter gehabt, welche wir bis zum Hauptvorstand haben austragen lassen, aber trotzdem haben wir, um den geläufigen Ausdruck zu gebrauchen, die Kirche im Dorfe gelassen. Nun noch einen Rippenstoß an Beder, welchen er mir aber bitte recht gnädig wieder zurückzahlen kann. Seine Ausführungen in bezug auf Qualitätsarbeit oder Leistungsfähigkeit gipfelten darin, daß seine Firma die besten Zigarren herstelle und somit alles andere minderwertig sei. Mein lieber Kollege Beder, es liegt mir vollständig fern, eure Arbeit herabzuwürdigen. Du weißt doch auch ganz genau, daß jetzt infolge der Konkurrenz in unserer Industrie wohl jeder Unternehmer Wert darauf legt, einwandfreie Zigarren auf den Markt zu liefern, und ich könnte Dir Betriebe nennen, welche an Gleichwertigkeit des Fabrikates an euch herantreten können. Allerdings muß ich zugeben, daß das Material überall viel zu wünschen übrig läßt. In dieser Angelegenheit will ich nun schließen, und hoffe, daß die nächste Gaukonferenz einen besseren Ausklang findet.

Nun noch ein Wort an den Hauptvorstand. Die anwesenden Sortierer in Halle hatten in einer gesonderten Besprechung sich mit dem Mattieren der Zigarren beschäftigt. Um so mehr wundert es mich, daß in dem Bericht nur mit einer kurzen Randbemerkung diese Frage gestreift wird. Der Standpunkt der Sortierer war, daß sofort Schritte einzuleiten sind beim Reichsgesundheitsamt, diese Puderei zu verbieten. Wenn auch die Hersteller dieses Puders die Unschädlichkeit anpreisen, so können wir, die wir das Zeug verarbeiten, das Gegenteil feststellen. Von verschiedenen Sortiererkollegen wurde bestätigt, daß Kollegen sich Krankheiten zugezogen haben, welche nur auf diese Puderei zurückzuführen sind. Diese Feststellungen sind auch schon von ärztlicher Seite zugegeben worden. Der zweite Grund unseres Standpunktes ist der, daß diese Vorspiegelung falscher Tatsachen dazu beiträgt, daß dem Raucher kurz oder lang dieser Betrug kund wird und er die Zigarre meidet. Diese Beispiele werden wohl in jedem Ort schon zu verzeichnen sein. Die Folge ist ein weiterer Rückgang in der In-

lustrie. An die Sortierer und Sortiererinnen in Stadt und Land
 stehe ich die Bitte: Nehmt Stellung zu diesem Mattieren, sammelt
 Material und sendet es an den Vorstand! Wenn nun der Vorstand sich
 nicht mit zu den Totengräbern unserer Industrie rechnen will, dann
 wende ich, diese Entschließung betr. Verbot des Mattierens der Zigar-
 ren mit aller Energie in die Wirklichkeit umzusetzen. Wir, die wir in
 erster Linie darunter zu leiden haben, werden schon mit Material an-
 treten. Also, etwas mehr in die Öffentlichkeit!

Kurt Schubert, Freiberg i. S.

Anmerkung der Redaktion: Zum letzten Teil der Ein-
 sendung möchten wir bemerken, daß im „Tabak-Arbeiter“ wiederholt
 auf die für die Tabakarbeiter schädlichen Begleitererscheinungen des
 Suberns der Zigarren hingewiesen worden ist. Der Vorstandsvorstand
 ist auch nicht abgeneigt, die erforderlichen Gegenmaßnahmen zu treffen,
 wenn ihm dafür hieb- und stichfestes Material zur Verfügung gestellt
 wird. Um dieses zu erhalten, hat er sich bereits mit den größeren
 Sektionen der Zigarrensortierer in Verbindung gesetzt. Von dem Um-
 fang und der Güte des eingehenden Materials wird es abhängen, ob
 und welche Schritte unternommen werden. Zum Schluß sei noch die
 Entschließung der Sortierer veröffentlicht, die auf Beschluß der Gau-
 konferenz in Halle dem Vorstandsvorstand überwiesen wurde. Sie
 lautet:

Nach Vortrag der gesundheitschädlichen Wirkungen, die bei dem
 sogenannten Mattieren der Zigarren für die dabei Beschäftigten auf-
 treten (Erkrankungen der Nasen- und Rachenschleimhäute), vertritt
 die am 22. August 1926 in Halle tagende Gaukonferenz des Gau
 Dresden den Standpunkt, daß der Vorstand Schritte erwägen müßte,
 die geeignet erscheinen, ein Verbot des Mattierens überhaupt zu er-
 lassen. Die Kollegenchaft ist aufzufordern, Beweise der gesundheits-
 schädlichen Auswirkungen, wie ärztliche Atteste usw., dem Vorstand zu
 übermitteln, damit evtl. an Hand dieser Atteste, mittels Eingabe an
 das Reichsgesundheitsamt bzw. durch Verhandlungen mit dieser Stelle,
 ein Verbot des Mattierens erstrebt werden kann.

Rundschau

Das korrekte Versicherungsamt

Hurra, hei lemet noch, der olle ehrliche Amtschimmel
 nämlich. Für diesmal hat ihm das Versicherungsamt Neustrelitz
 Unterstand gewährt. Man höre:

Die Allgemeine Ortskrankenkasse Fürstberg i. Mecklbg.
 hatte einem Kassenmitglied, das in Berlin einen Dentisten in
 Anspruch nehmen mußte und dafür 4 M verauslagte, 1,80 M
 wieder erstattet. Diese Untat wurde vom Versicherungsamt ge-
 legentlich einer Kassenrevision entdeckt. Nach Meinung des
 Versicherungsamts durfte die Kasse laut Tarif nur 1,49 M er-
 statten. Dem Kassenvorstand wurde also aufgegeben, 31 (in
 Worten: einunddreißig) Reichspfennige wieder von dem Ver-
 sicherten einzuziehen. Pflichtgetreu forderte danach der Kassenvorstand
 die Rückzahlung. Dagegen erhob der Versicherte
 Widerspruch, wurde jedoch vom Versicherungsamt verurteilt, die
 31 Reichspfennige zu zahlen. Die Entscheidung verursachte der
 Kasse gemäß § 59 AVO. 1,10 M Kosten. Nachdem sie nach lan-
 gem Hin und Her rechtskräftig geworden war, forderte das
 Versicherungsamt die Kasse abermals auf, die 31 Reichs-
 pfennige einzuziehen. Der Kassenvorstand aber tat nicht der-
 gleichen, sintermal er der Anschauung war, daß die Einziehung
 mehr Kosten verursachen würde, als die ganze einzuziehende
 Summe betrug. Darauf eine zweite Aufforderung des Versiche-
 rungsamtes, und als auch das den Vorstand nicht bewegen
 konnte, auf den Ruf einer mit gesundem Menschenverstand be-
 gabten Körperschaft zu verzichten, eine dritte, mit Zustellung
 und einer Strafandrohung von 50 M für den Kassenvorsitzen-
 den. Obergesundheitsamt und Ministerium sind in Kenntnis
 gesetzt, genutzt hat das nichts.

Soweit der Sachverhalt! Ob der Versicherte nun zahlen
 wird, steht dahin, wahrscheinlich ist er zahlungsunfähig und
 pfandlos. Einige Fragen: 1. Leidet das Versicherungsamt Neu-
 strelitz an Beamtenüberschuß oder hat es sonst nichts zu tun,
 als sich um Lappalien zu kümmern? 2. Was gedenkt das Meck-
 lenburg-Strelitzsche Ministerium zu tun, um die anscheinend
 um nutzbringende Arbeit verlegenen Beamten des Versiche-
 rungsamts Neustrelitz so zu beschäftigen, wie das die Steuer-
 zahler billigerweise verlangen können?

Das Versicherungsamt hat natürlich nur seine Pflicht ge-
 tan. Daß der Kassenvorstand und auch wir dafür kein Ver-
 ständnis haben, ist ein bedauerlicher Mangel und nur als Zei-
 chen unseres beschränkten Untertanenverständnisses einigermaßen
 erklärlich.

Verbandsteil

Am 18. September ist der 38. Wochenbeitrag fällig

Folgende Gelder sind eingegangen:

1. September. Wansen 100,—. Gromau 20,—. Jüterbog 100,—.
 4. Straß 150,—. Lübbede 500,—. Nordhausen 2000,—. Nieu-
 bert 50,—. Zeuthen 70,—.

5. Hahnen 150,—.
 6. Fränk.-Crumbach 120,—. Heidelberg 100,—. Stadtoldendorf
 50,—. Heidenheim 200,—. Sommerfeld 25,—. Treffurt 1000,—.
 7. Hamburg 2000,—. Mannheim 100,—. Bad-Essen 36,55. Köln
 1000,—.
 8. Berlin 1000,—. Heilbronn 300,—.
 9. Bremen 400,—. Maienfels 15,—. Halberstadt 220,—. Burg-
 steinfurt 175,—.
 10. Breslau 300,—. München 1500,—.
 11. Treffurt 400,—. Würzburg 200,—. Sitdorf 40,—. Magde-
 burg 300,—.

Bremen, 14. September 1926.

J. Krohn.

Gewerkschaftliche Verbewochen

In der Ueberschrift ist kein Druckfehler enthalten; es soll
 tatsächlich Verbewochen heißen. Mancher und manchem
 mag das vielleicht etwas eigenartig erscheinen, nachdem die
 Internationale gewerkschaftliche Verbewoche noch nicht einmal
 ihr Ende erreicht hat. Dennoch ist es notwendig, schon jetzt
 darauf hinzuweisen, daß die Werbearbeit für den Deutschen
 Tabakarbeiter-Verband auch nach dem 19. September fortgesetzt
 werden muß. Nur wenn alle Verbandsmitglieder auch fernerhin
 ihre volle Pflicht und Schuldigkeit tun, wird die vom 13. bis
 zum 19. September gestreute Saat reiche Früchte tragen.

Zunächst kommt es darauf an, auch bei den Arbeiterinnen
 und Arbeitern der Tabakindustrie für unseren Verband zu
 werben, die aus irgendwelchem Grunde während der Inter-
 nationalen gewerkschaftlichen Verbewoche nicht erfasst werden
 konnten. Dann muß überall da erneut mit der Werbearbeit ein-
 gesetzt werden, wo die Tätigkeit in der Zeit vom 13. bis zum
 19. September nicht den gewünschten Erfolg zeitigte. Ange-
 knüpfte Verbindungen dürfen nicht fallengelassen, sondern
 müssen weiter befestigt werden. Unter allen Umständen kommt
 es darauf an, das in der Verbewoche erweckte Interesse für
 den Deutschen Tabakarbeiter-Verband wachzuhalten.

Außerdem empfiehlt es sich, überschüssige und ausgelesene
 „Tabak-Arbeiter“ zu Werbezwecken an unorganisierte Kol-
 legen weiterzugeben. Die neugewonnenen Mitglieder sind mit
 gewerkschaftlichem Geiste zu erfüllen und mit den Bestrebungen
 und Leistungen des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes vertraut
 zu machen. Daneben ist auf eine gute und regelmäßige Bei-
 tragskassierung Wert zu legen. Nur wenn überall im Sinne
 dieser Anregungen gehandelt wird, besteht die Gewähr, daß die
 Unorganisierten auf ein kleines Häuflein zusammenschmelzen
 und die neuen Mitglieder gute und überzeugte Gewerkschafter
 werden.

Fehlende Statistikkarten und Fragebogen

Nachstehende Zahlstellen haben ihre Statistikkarte bzw. ihren Frage-
 bogen für Monat August entweder gar nicht oder zu spät eingeliefert:

Hamburg: Schwerin, Clausthal, Goslar, Münchhof, Neu-
 haus, Osterode, Seesen, Sulingen.

Nordhausen: Dingelstädt, Erfurt, Gebesee, Hainrode, Oppers-
 hausen, Stolberg (Harz), Duderstadt, Langensalza, Uslar, Fürsten-
 hagen, Kleinammerode, Roshbach, Rotenburg, Unterrieden, Gräfen-
 tonna, Leheßen, Rudolstadt, Salzungen.

Herford: Rinteln, Ahle, Babbenhausen, Besentamp, Brate,
 Buxtedt, Eichhorst, Hibdenhausen, Kirchlangern, Denzinghausen, Leo-
 poldshöhe, Löhne-Bahnhof, Menninghüffen, Oberbecken, Oberbeck,
 Detinghausen, Stift Quernheim, Wallenbrück, Baarsen, Hagen/Pyrmont.

Köln: Bochum, Duisburg, Düsseldorf, Neulerf.

Gießen: Viebrich, Hanau, Seligenstadt, Brüden.

Heidelberg: Lorsch, Bruch, Nürnberg, Offenbach/Quelch, Bruch-
 sal, Allufheim, Cleeborn, Eppingen, Forst i. Baden, Hambrücken,
 Kirrlach, Künzelsau, Mosbach, Neulautern, Neulufheim, Odenheim,
 Philippsburg, Reilingen, Rot, Walldorf, Zeuthen, Zuffenhausen,
 Eichersheim.

Düsseldorf: Diersburg, Dinglingen, Elgersweier, Ettenheim,
 Kenzingen, Neureistett, Reichenbach, Ringsheim, Schmicheim,
 Zhenheim.

Dresden: Stendal, Torgau, Zeitz, Glauchau, Grimma, Mügeln,
 Regau, Rochlitz, Wurzen, Braunschwalde, Eisenberg, Meuselwitz,
 Raschhausen.

Breslau: Bunzlau, Haynau, Karlsin, Oppeln, Ratibor,
 Züllichau.

Berlin: Pasewalk, Stettin, Calau, Lübben, Neuruppin.

Gesucht werden

Eine tüchtige Zigarillosarbeiterin, die auch Widel
 machen kann, nach dem Rheinland. Für Logis ist gesorgt. Nach-
 fragen bei Wilhelm Müller, Köln-Blaendorf, Aktienweg 8.

Mehrere tüchtige Widelmacher und Roller nach Thüringen;
 ein lediger Zigarrenarbeiter, der sich selber Widel macht, und
 ein Zigarrenarbeiter, der sich selber Widel macht, nach der
 Altmark. Nachfragen bei Richard Gerloff, Dresden-N. 1, Max-
 straße 13, III.

Mehrere tüchtige Roller (innen) und mehrere tüchtige Ziga-
 rillosarbeiterinnen (Rollerinnen und Widelmacherinnen) nach der
 Kart Brandenburg. Nachfragen bei Georg Fischer, Berlin SO 86,
 Ratiborstraße 81.

Das Gewerkschaftsrecht in Deutschland

Von S. U f h ä u s e r

Die republikanische Verfassung von Weimar zeigt bereits den inneren Zusammenhang zwischen Arbeitsrecht und Gewerkschaftsrecht. Während der Artikel 157 ankündigt, daß die Arbeitskraft unter dem besonderen Schutz des Reiches steht, spricht Artikel 159 die bedingungslose Koalitionsfreiheit für alle Berufe klar aus. Das Arbeitsrecht könnte sich auch niemals auswirken, wenn nicht gleichzeitig den großen Koalitionen der Arbeiter und Angestellten durch die Vereinigungsfreiheit und durch ein Mindestmaß von rechtlich anerkannten gewerkschaftlichen Befugnissen die Möglichkeit gegeben wäre, den in Gesetzes-Paragrafen vorgesehenen sozialen Schutz auch tatsächlich zu verwirklichen. Man kann auch hier die Bestimmungen der Verfassung als das grundsätzliche Bekenntnis zur Schaffung des Arbeitsrechtes und des Gewerkschaftsrechtes ansehen; die Verfassung lebendig zu gestalten aber mußte Aufgabe der Gewerkschaften selbst bleiben. Das Recht der Gewerkschaften konnte sich nur aus der sozialen Bewegung der Arbeiter und Angestellten heraus entwickeln. In dieser Entwicklung hat die im November 1918 geschaffene Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitnehmer und Arbeitgeber Deutschlands eine historische Rolle gespielt. Unter dem Druck der Revolution waren damals die organisierten Unternehmer Deutschlands genötigt, die Grundrechte der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften anzuerkennen. Das betreffende Abkommen vom 15. November 1918 enthielt hinsichtlich des Rechtes der Organisationen wichtige Leitgedanken, die später in der Gesetzgebung und in der Verfassung ihren Niederschlag gefunden haben. Aus jenem Abkommen darf heute an die folgenden Vereinbarungen erinnert werden:

Die Gewerkschaften werden als berufene Vertretung der Arbeiterschaft anerkannt.

Die Arbeitgeber und Arbeitgeberverbände werden die Werkvereine (die sogenannten wirtschaftsfriedlichen Vereine) fortan vollkommen sich selbst überlassen und sie weder mittelbar noch unmittelbar unterstützen.

Die Arbeitsbedingungen für alle Arbeiter und Arbeiterinnen sind entsprechend den Verhältnissen des entsprechenden Gewerbes durch kollektive Vereinbarungen mit den Berufsvereinigungen der Arbeitnehmer festzusetzen.

Diese Vereinbarung soll ferner auch für das Verhältnis zwischen den Arbeitgeberverbänden und den Angestelltenverbänden gelten.

Damit war nicht nur eine Anerkennung der Berufsverbände als die gegebene Vertretung der Arbeiter und Angestellten ausgesprochen, es war auch gleichzeitig die klare Scheidungslinie zwischen den unabhängigen Gewerkschaften und den abhängigen gelben Werkvereinen gezogen. Schließlich war der Kollektivegedanke für die Regelung der sozialen Arbeitsverhältnisse auch für die Angestellten proklamiert worden. Bei der folgenden Errichtung des vorläufigen Reichswirtschaftsrats hatte die Zentralarbeitsgemeinschaft als Benennungskörper für die industrielle Arbeitgeber- und Arbeitnehmerschaft zum ersten Male Gelegenheit, die Grenzlinie der gewerkschaftlichen Arbeitnehmerverbände aufzuzeigen. Die gelben Werkvereine sind im Reichswirtschaftsrat ohne Vertretung geblieben. Die Abteilung II (Arbeitnehmer) wird gebildet aus den Verbänden der freien, christlich-nationalen und freiheitlich-nationalen (Hirsch-Duncker) Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten. Darüber hinaus wurden 1920 gewerkschaftliche Grundsätze aufgestellt, die von allen der Zentralarbeitsgemeinschaft angeschlossenen Arbeiter- und Angestelltenorganisationen innezuhalten waren. Die damals gefundene Begriffsbestimmung einer Gewerkschaft besagt im wesentlichen (Korrespondenzblatt Nr. 3 von 1920 des ADGB.):

Zusammenfassung: Eine Arbeitnehnergewerkschaft bzw. deren Sparten oder Sektionen soll bestehen aus den Arbeitnehmern des betreffenden oder verwandten Berufes. . . Die Gewerkschaft muß den Grundsatz der Gemeinsamkeit der Arbeitnehmerinteressen gegenüber dem Unternehmertum und die daraus folgende Solidarität aller Arbeitnehmer anerkennen und bestätigen.

Leitung: Die Leitung der Arbeitnehnergewerkschaften liegt in den Händen von Arbeitnehmern. Diese Leitungen werden von den Arbeitnehmern nach dem demokratischen Wahlverfahren gewählt.

Zwecksetzung: Der Zweck einer Arbeitnehnergewerkschaft ist die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und die Hebung der wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Lage der Arbeitnehmer des betreffenden Berufes.

Mittel und Zweck: Zur Erreichung des Zweckes der Arbeitnehnergewerkschaft kommen in Betracht:

- a) Verhandlungen mit den Arbeitgebern oder ihren Organisationen . . .
- b) Die Arbeitsniederlegung . . . Den Mitgliedern ist Streikunterstützung zu zahlen . . .
- c) Die geistige und fachliche Ausbildung . . .
- d) Rechtsschutz und Unterstützungseinrichtungen
- e) Sicherung der Arbeitnehmerrechte durch die Gesetzgebung.

Die finanziellen Mittel zur Durchführung des Zweckes der Arbeitnehnergewerkschaft sind durch Beiträge der Mitglieder aufzubringen.

Die Arbeitnehnergewerkschaft darf keine Zuwendung materieller Art von Unternehmern oder Unternehmerorganisationen annehmen.

Die Grundsätze gelten ferner auch für die Arbeitnehmerorganisationen der Beamten, Angestellten und Arbeiter staatlicher und kommunaler Betriebe.

Mit diesen von allen beteiligten Stellen anerkannten gewerkschaftlichen Grundsätzen war bereits 1920 festgestellt, daß die als Gewerkschaften anzusehenden Arbeiter- und Angestelltenverbände im Kreise der Gesamtorganisationen der freien, christlich-nationalen und freiheitlich-nationalen Gesamtverbände vereinigt sind. Die weitere Praxis hat ergeben, daß auch die gesetzgebenden Körperschaften, insbesondere aber die Behörden, vor allem das Reichsarbeitsministerium, bei allen einschlägigen Verhandlungen jeweils die folgenden Gesamtverbände als die Vertretung der gesamten Arbeiter- und Angestelltenschaft anerkennen:

- Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund (ADGB),
- Allgemeiner freier Angestelltenbund (AFABund),
- Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands,
- Gesamtverband Deutscher Angestelltengewerkschaften (Gedag),
- Verband der Deutschen Gewerksvereine (S.-D.),
- Gewerkschaftsbund der Angestellten (GDA).

So war bereits in der sozialen Praxis die Grundlage für das kommende Gewerkschaftsrecht gegeben, und es kam darauf an, diese Praxis nunmehr auch formalrechtlich in der sozialen Gesetzgebung zu verankern. Dieser Akt der Gesetzgebung ist bei der Verabschiedung der Novelle zum Reichsknappschaftsgesetz vom 25. Juni 1926 erfolgt. Danach sind die Mitglieder zu den derzeitigen Selbstverwaltungskörperschaften der Knappschaft auf Grund von Vorschlagslisten wirtschaftlicher Vereinigungen zu wählen. Ueber den Begriff der wirtschaftlichen Vereinigung von Arbeitnehmern heißt es im § 184:

Wirtschaftliche Vereinigungen von Arbeitnehmern im Sinne dieses Gesetzes sind solche Verbände, die einem Gesamtverbände angehören, der als Benennungskörper für den vorläufigen Reichswirtschaftsrat anerkannt ist.

Damit hat sich das neue Gewerkschaftsrecht an das in der deutschen Gewerkschaftsbewegung historisch Gewordene angepaßt. Der Gesetzgeber ist von der Verordnung über den vorläufigen Reichswirtschaftsrat vom 4. Mai 1920 ausgegangen. Der vorläufige Reichswirtschaftsrat wiederum ist in der Zusammenfassung seiner Arbeitnehmerabteilung die Verkörperung der in den drei großen Richtungen der deutschen Gewerkschaftsbewegung zusammengeschlossenen Berufsverbände von Arbeitern und Angestellten.

Der neue § 184 des Reichsknappschaftsgesetzes hat weit über den Rahmen des Bergbaues hinaus eine außerordentlich wichtige grundsätzliche Bedeutung. Es ist der Weg aufgezeichnet, die Selbstverwaltung der Sozialversicherung in wachsendem Maße in die Hand der berufenen Vertretungen der Arbeitnehmer, der Gewerkschaften, zu legen. Die gewollte Ausschaltung der gelben Werkvereine oder ähnlicher nicht gewerkschaftlicher Arbeitnehmervereinigungen entspricht nicht nur der historischen Entwicklung, sondern auch dem Sinn der Reichsverfassung. Da die Reichsverfassung an den verschiedensten Stellen immer wieder eine paritätische Mitwirkung der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer vorsieht, so wäre es auch nicht angängig, das Gewicht der Arbeitnehmervertretungen dadurch abzuschwächen, daß man ihnen die wirtschaftsfriedlichen Elemente zuzählt, die in Wirklichkeit das ausführende und abhängige Organ der Arbeitgeber sind. Im Reichsknappschaftsgesetz war die reinliche Scheidung der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmervertretungen um so notwendiger, als die Arbeitnehmer drei Fünftel der Sitze in den Körperschaften innehaben, und gleichzeitig auch drei Fünftel der Beitragsanteile zu übernehmen hatten. Es wäre den Bergarbeitern und den Bergbauangestellten nicht zumuteten gewesen, diese erhöhte Beitragslast aufzubringen, wenn ihnen nicht gleichzeitig die Sicherheit geboten

worden wäre, daß ihre Arbeitnehmervertretung in der Selbstverwaltung auch wirklich von allen Einflüssen der Wirtschaftsfriedlichen freigehalten wird.

Mit der Novelle zum ReichsKnappschaftsgesetz ist in der Erfüllung der Verfassung ein entscheidender Schritt getan. Wenn die Weimarer Verfassung die Arbeitskraft unter den besonderen Schutz des Reiches stellt, und damit den Trägern der Arbeit ein besonderes Recht und einen erhöhten gesetzlichen Schutz verleiht, so muß auch den Interessenvertretungen der Arbeiter und Angestellten das entsprechende Organisationsrecht mit ausreichenden Befugnissen verliehen werden. Ein kollektives Arbeitsrecht ist nicht denkbar ohne ein ausreichendes Gewerkschaftsrecht. Der ganze soziale Inhalt der Verfassung kann nur lebendige Gestalt annehmen, wenn sich die Republik ein neues soziales Recht schafft, in dem der arbeitende Mensch im Gegensatz zu dem früheren Recht des Obrigkeitsstaates nicht mehr als Objekt, sondern als Subjekt der Wirtschaft gilt. Diese soziale Höherentwicklung, die als eine unerläßliche Voraussetzung für die Festigung der Republik überhaupt angesehen werden muß, kann aber nicht von den einzelnen Arbeitern und Angestellten, sondern nur von ihren Gesamtorganisationen — den Gewerkschaften — getragen werden.

So zeugt der neue § 184 des ReichsKnappschaftsgesetzes von den Erfolgen und der Festigung der Gewerkschaften.

Gewerkschaftliche Bildungsarbeit

Als die Gewerkschaften Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre, nach der Gewalts- und Unterdrückungszeit des Sozialistengesetzes, zu neuem Leben erweckt worden waren, mußten sie notgedrungen ihre ganze Kraft und ihre — noch sehr geringen — Mittel auf die propagandistische Aufklärungsarbeit verwenden. Da diese Aufklärungsarbeit aber naturgemäß ihren Ausgangspunkt nehmen mußte von den bestehenden wirtschaftlichen, sozialen und arbeitsrechtlichen Zuständen, so war es in gewissem Sinne zugleich auch Bildungsarbeit, was da geleistet wurde. Zwar war es im allgemeinen keine methodische Bildungsarbeit; daß sie trotzdem nicht fruchtlos geblieben ist, haben die Ereignisse des letzten Jahrzehnts hinlänglich erwiesen. Ohne das Fundament an grundsätzlicher Erkenntnis der gesellschaftlichen Zusammenhänge, das damals durch die Aufklärungsarbeit der Gewerkschaften gelegt worden ist, hätten sie die Stürme der Kriegs- und Nachkriegszeit ohne tiefgehende Erschütterungen ihres innersten Wesens nicht überstehen können.

Als endlich Ende der neunziger Jahre die latente Wirtschaftskrise überwunden war und die Gewerkschaften zum ersten Male einen Massenstrom von Zehn- und Hunderttausenden jährlich aufzuweisen hatten, da gingen sie auch daran, ihr

Bildungswesen mehr methodisch zu gestalten. Die Fachpresse wurde räumlich und inhaltlich ausgebaut. Man begann mit der Herausgabe von Jahrbüchern und Einzelschriften über einzelne Wirtschaftszweige und Berufsgruppen. Einige Verbände gingen auch mit der Herausgabe von Gewerkschaftsgeschichten voran, von denen manche von dauerndem wissenschaftlichen Wert sind. Auch sie dienen in erster Linie der Bildung der Mitglieder.

Das hatte den Erfolg, daß nun auch aus den Reihen der Mitglieder selbst der Ruf nach mehr Bildungsmitteln und Bildungsarbeit ertönte. Namentlich fachtechnische Bildungsmittel wurden verlangt. So sahen wir nach und nach in verschiedenen Verbänden besondere fachtechnische Blätter erscheinen, die sich zum Teil dem Besten an die Seite stellen können, was es auf diesem Gebiete überhaupt gibt.

All das sind Mittel der Massenbildung. Das Bedürfnis, für einen geeigneten Führernachwuchs zu sorgen, machte sich gleichfalls schon um die Wende des Jahrhunderts geltend. Das hatte zur Folge, daß im Jahre 1906 die damalige Generalkommission der Gewerkschaften „Gewerkschaftliche Unterrichtskurse“ ins Leben rief. An ihnen sollten in der Hauptsache nur Gewerkschaftsfunktionäre teilnehmen. Lehrgegenstände waren: Gewerkschaftliche Theorie und Praxis (Regien), Sozialpolitik und Arbeiterschutz, Arbeitsrecht (Umbreit, Robert Schmidt), Wirtschaftswissenschaft (Schippel) u. a. Für Arbeitersekretäre wurden einige Sonderkurse eingeschoben. Mit dem Kriege fanden diese Kurse ein Ende.

Die Nachkriegszeit mit ihren vielfach vergrößerten und erweiterten Anforderungen an die Gewerkschaften sah naturgemäß in erster Linie auch eine Ausdehnung des gewerkschaftlichen Bildungswesens. Es zeugt von der politischen Reife und dem Verantwortungsgefühl der deutschen Arbeiterschaft, daß man in allen größeren Industriezentren an die Errichtung von Betriebsrätekursen und -schulen ging. Manches, was im ersten Begeisterungsrausch ins Leben gerufen wurde, hat sich in den Zeiten der Not nicht halten können. Dafür aber haben sich andere Einrichtungen dieser Art schultechnisch und wissenschaftlich hervorragend entwickelt. Zumeist waren und sind diese Einrichtungen örtlichen Charakters. Inzwischen sind aber auch die Verbände daran gegangen, zentrale Einrichtungen dieser Art zu schaffen, die unter der Leitung eigener Bildungssekretariate stehen. Zugleich hat man das Aufgabengebiet erweitert, indem man nicht bloß die Betriebsräte zu diesen Schuleinrichtungen heranzieht, sondern selbst auch Lehrer für Betriebsrätekurse ausbildet, die nun wieder draußen im Lande tätig sind. Daneben sind die allgemeinen Bildungseinrichtungen weiterhin ausgebaut worden, z. B. auch durch Einrichtung besonderer Kurse und Abteilungen für Jugendliche und Lehrlinge.

Sodann ging man nach dem Kriege auch daran, ein höheres Schulwesen der Gewerkschaften zu schaffen. Als erste Einrich-

Literarisches

Annie Francé-Harrar: Tier und Liebe. Geschichten von Unterdrückten und Verkannten. Herausgegeben vom „Bücherkreis“, Berlin SW 61. 192 Seiten.

Die bekannte Verfasserin, Gattin des Naturphilosophen Francé, hat mit diesem Buch, das der „Bücherkreis“ als 3. Werk der Jahresreihe 1926 (8. Band) herausbringt, ein Werk geschaffen, in dem wissenschaftliche Gründlichkeit sich mit hinreißender, poetischer Darstellungsweise paart, um den Leser in die Geheimnisse der Naturwelt, in das bunte und reizvolle Leben der Tiere und Pflanzen einzuführen. „Es sind“ — schreibt die Verfasserin — „keine neuen und sensationellen Dinge, von denen ich hier sprechen will. Die Wissenschaft kennt vieles davon längst. Anderes, das aus eigenen Beobachtungen und Aufzeichnungen von Freunden stammt, ist nur neu dazu geordnet. Aber ich will es so erzählen, wie ich es selber empfand in den langen Jahren, in denen ich mich immer wieder mit diesen Fragen der Lebenseinheit beschäftigt habe: mit der heißen und demütigen Freude, da und dort einen Blick in die dunkle und fremde Seele anderer Lebewesen zu tun, die für die meisten Menschen nichts ist, als ein finsterner Raum, in dem die bösen und unzählbaren Gespenster der Triebe haufen, oder die düstere Stille einer nie zu erweckenden Unvernunft steht, und zu sehen, daß das nicht so ist, und daß sich ganz unten, schon auf tiefsten Stufen der Tierheit, etwas regt, das wie Widerschein des Allermenschlichsten Geschöpfe beglückt und beseligt.“

Frau Francé hat die hier formulierte Aufgabe in ausgezeichneter Weise gelöst. Sie gibt keine troden aneinander gereihten Episoden aus dem Leben der Tiere und Pflanzen, sondern einen von einheitlicher Naturauffassung erfüllten Querschnitt durch das Liebesleben in der Natur, von den kleinsten, primitivsten Lebewesen bis zu dem Menschen auf der höchsten Stufe der Kultur. Alles in einer Sprache, die getragen wird von starkem, seelischem Empfinden und einer Humanität, die hinausreicht über die engen Grenzen des Menschengeschlechts, und alle Lebewesen, die die Erde bevölkern, umschließt. Wir lernen durch mannigfaltige Beispiele kennen, wie die Tiere sich durch eine Liebespost untereinander verständigen, ihre Weibchen durch Geschenke zu gewin-

nen trachten, ihre Kraft und Schönheit beim Wettbewerb um die Frau in die Waagschale werfen; wir sehen, wie sich die Formen der Ehe mit ihren guten und schlechten Seiten bei den Tieren entwickeln, wie sogar bei den höher entwickelten Tieren ein ungeschriebenes Eherecht entsteht, dessen Verletzung durch Ehegerichte geahndet wird; wir sehen, mit einem Wort, wie schon in der Tierwelt jene Normen der gesellschaftlichen Beziehungen und des gegenseitigen Verhältnisses der Geschlechter wurzeln, die in der Menschheitsgeschichte zum Ausdruck kommen.

Es ist ein besonderer Vorzug des Buches, daß die Verfasserin nicht bei der Darstellung der biologischen Verhältnisse stehen bleibt, sondern darüber hinaus die sozialen Wurzeln der geschilderten Erscheinungen aufzuspüren sucht. Dadurch wird eine weitere Scheidewand zerstört, die im Bewußtsein der meisten Menschen noch heute zwischen Natur und Gesellschaft, zwischen den Menschen und den andern Lebewesen steht. Es wird die Einheit der Naturgesetze aufgewiesen, denen sowohl der Mensch, das Tier wie die Pflanze unterworfen sind, gleichzeitig aber auch die zwingende Macht der sozialen Verhältnisse aufgedeckt, die nicht nur die Entwicklung und das Gesellschaftsleben der Menschen, sondern auch die der Tiere und Pflanzen beherrschen.

Man glaube nicht, daß dies alles in trockner Gelehrtensprache vorgetragen wird, in einer Form, die gewisse naturwissenschaftliche Kenntnisse voraussetzt. Das trifft bei diesem Buche nicht zu. Die Schrift liest sich vielmehr wie ein dramatisch bewegter, fesselnder Roman, bloß daß hier außer dem ästhetischen Genuß noch die Freude hinzutritt, durch Einblick in die geheimnisvolle Werkstatt der Natur zu einer höheren und besseren Weltanschauung zu gelangen.

Mit diesem Werk hat der „Bücherkreis“ die Reihe seiner Veröffentlichungen durch ein gutes Buch ergänzt. Die Ausstattung in Einband, Druck und Papier ist vorbildlich gut. Wie alle „Bücherkreis“-Werke kann auch dieses Buch nur derjenige erhalten, der Mitglied im „Bücherkreis“ ist. Wegen Auskunst und Annahme wende man sich an die Zahlstellen (Vollsbuchhandlungen) oder direkt an: „Der Bücherkreis“ G. m. b. H., Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 6.

tung dieser Art wurde 1920 die Arbeiter-Akademie an der Universität Frankfurt a. M. eröffnet. Dieser folgten zwei Jahre später die Fachschulen für Wirtschaft und Verwaltung in Berlin und Düsseldorf. Berlin wurde ein Opfer der Inflationszeit, wird jedoch am 1. Oktober d. J. wieder eröffnet. An diesen Schulen, die sämtlich staatliche Einrichtungen sind, deren Lehrgänge neun bzw. zehn Monate dauern, erhalten die Teilnehmer Unterricht in Wirtschafts- und Sozialpolitik, Wirtschaftslehre und Arbeitsrecht und ähnlichen Gebieten. In Frankfurt mehr allgemein hochschulmäßig, an den anderen Schulen mehr fachschulmäßig. Da die Gewerkschaften bisher die Kosten für die Unterhaltung der Schüler selbst zu tragen hatten, so haben sie erhebliche Aufwendungen dafür gemacht, da allein der ADOB. jährlich bis zu 80 Schüler auf diese Schulen geschickt hat. Die Teilnahme steht allen Gewerkschaften offen, woraus sich ergibt, daß es sich hier nicht, wie in der letzten Zeit aus durchsichtigen Gründen in rechtsstehenden Blättern verbreitet wurde, um ausgesprochene Agitationsschulen für die Gewerkschaften handelt. Dafür haben sie ihre eigenen Einrichtungen, in die sie sich von keiner Seite hineinreden lassen möchten, auf deren absolute Unabhängigkeit sie entscheidenden Wert legen.

Außer zu diesen Schulen entsenden die dem ADOB. angeschlossenen Verbände alljährlich eine kleine Anzahl junger Leute nach Linz, das keine Fach-, sondern eine Weltanschauungsschule ist. Alle diese Schulen haben den Zweck, den Gewerkschaften die notwendigen Kräfte zur Verfügung zu stellen, die berufen sind, an den vielen wirtschafts- und sozialpolitischen Stellen und Behörden, in denen die Arbeiterschaft Anspruch auf gesetzliche Vertretung hat, diese Vertretung auszuüben. Daß das dem Unternehmertum und seinen Organen unangenehm ist, läßt sich verstehen. Die Gewerkschaften denken jedoch nicht daran, dieses wichtige Feld, das früher die Unternehmer und-Syndizalisten allein beherrschten, diesen auch fernerhin als Domäne zu überlassen.

Daß die sorgfältige Ausbildung eines zahlreichen Führerstabes wiederum auch auf die Massenbildung in den Gewerkschaften von vorteilhaftem Einfluß sein muß, braucht wohl nicht besonders bewiesen zu werden. So ist die Hoffnung berechtigt, daß in dem Maße, wie das gewerkschaftliche Bildungswesen sich auswirken muß, auch die Lücken wieder geschlossen werden, die Inflationskrisis und parteipolitische Verheerung in die Reihen der Gewerkschaften gerissen haben. Denn daß diese Lücken entstehen konnten, ist im Grunde genommen nur eine Folge der Unklarheit und Unbildung gewesen, in denen die Fahnenflüchtigen besangen waren. Der Unverstand der Massen hat hier noch einmal, hoffentlich zum letzten Male, seine verderblichen Triumphe gefeiert. Ihn für immer zu beseitigen — das ist die zukunftsfrohe und zukunftsichere Aufgabe des heutigen gewerkschaftlichen Bildungswesens.

Aus den Gauen und Zahlstellen

Konferenz der Zahlstellen des Gaues Gießen

Am 5. September fand in Frankfurt a. M. eine Gautokonferenz des Tabakarbeiter-Verbandes, Gau Gießen, statt. Dieselbe war fast von allen Zahlstellen besetzt und hatte somit einen guten Besuch aufzuweisen. Zu Vorsitzenden wurden die Kollegen Eggert (Gießen) und Seitz (Offenbach), zu Schriftführern die Kollegen Schwab (Klosterberg) und Kirch (Pfungstadt) gewählt. Den 1. Punkt der Tagesordnung „Internationale gewerkschaftliche Werbeweche“ behandelte Kollege Gauleiter Kiel. In großen Zügen ging er auf die Bedeutung der Werbeweche ein und betonte, daß auch wir alles daran setzen müßten, um diese Werbeweche zu einem großen Erfolg für unsern Verband zu gestalten. Aber nicht nur in dieser Woche allein gehe es, für unsern Verband zu agitieren, sondern unermüdlich sei die Agitation fortzusetzen, bis auch im Gießener Gau alle Tabakarbeiter und Tabakarbeiterinnen unserm Verband zugeführt seien. An Hand von Beispielen gab er eine Anzahl Fingerzeige, wie die Agitation am besten betrieben werden könne. Wenn auch in der letzten Zeit eine Anzahl neue Mitglieder unserm Verband beigetreten seien und einige Zahlstellen neugegründet wurden, so könne das keinesfalls genügen; es seien immer noch sehr viele, die dem Verband fernstehen. An der Aussprache beteiligten sich die Kollegen aus Fränk.-Crumbach, Dietesheim, Alsfeld, Pfungstadt und Offenbach. Alle Redner waren mit dem Kollegen Kiel einig, daß die gewerkschaftliche Werbeweche dazu führen müsse, die Organisation zu stärken. Eine ganze Anzahl Kollegen und Kolleginnen stellte sich freiwillig zur Verfügung, um mit in anderen Orten zur Agitation verandt zu werden.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung „Ferien in der Zigaretten- und Zigarettenindustrie“ sprach Kollege Eggert (Gießen). Er gab eine Uebersicht über die Verhandlungen, die zwischen dem ADOB. und den Arbeiterverbänden geführt wurden, um für dieses Jahr eine andere Regelung der Ferienfrage zu erreichen. Da nun die Verhandlungen gescheitert seien, bleibe es bei der reichstarriflichen Regelung. Kollege Eggert machte die Delegierten ganz besonders darauf aufmerksam, daß nun von den Unternehmern versucht werde, durch Umgehung der Arbeiterorganisationen mit den Belegschaften Vereinbarungen zu treffen, die dahin gingen, daß die Kollegen freiwillig auf ihre Ferien verzichten sollten. Redner verwies dabei auf den Artikel in Nr. 36 des „Tabak-Arbeiter“ über merkwürdige Tariftreue. Er forderte die Anwesenden auf, in den Betrieben für die nötige Aufklärung zu sorgen, damit die Belegschaften auf die rührseligen Ansprachen selbst eines Syndikus des ADOB. nicht hineinfallen. Sonst trügen sie dazu bei, daß bei den nächsten Tarifverhandlungen anstatt einer Verbesserung eine Verschlechterung der Ferienfrage herausläme. Nachdem der Gauleiter, Kollege Kiel, noch einige Ergänzungen zu den Ausführungen des Kollegen Eggert gemacht hatte, sprachen noch Kollegen aus Bingen, Bad Orb und Hanau. Die Kollegen und Kolleginnen waren einstimmig der Meinung, daß unter allen Umständen eine Verbesserung der Ferienbestimmungen erreicht werden müsse.

Zum 3. Punkt der Tagesordnung berichtete Gauleiter Kollege Kiel über den derzeitigen Stand der Unterstützung nach Artikel III des Tabaksteuergesetzes vom 10. 8. 25, und über die eingeleiteten Ver-

„Die Arbeit“, Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber: Theodor Leipart. III. Jahrgang 1926, Heft 9, 64 S. Preis 1 M. Berlin, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Unter den Wissenschaften, die in den letzten Jahrzehnten neu entstanden sind, kann die Arbeitswissenschaft auf das besondere Interesse der Gewerkschaften rechnen. „Die Arbeit“ hat seit Beginn ihres Erscheinens besonderen Wert darauf gelegt, ihre Leser mit den Methoden dieses Wissenschaftsgebietes wie mit den neuen Ergebnissen der fortschreitenden Forschung vertraut zu machen. Im neuen Heft bringt die Zeitschrift einen Aufsatz über „Aufgaben und Ziele der Arbeitsphysiologie“, in dem der Leiter des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Arbeitswissenschaft, Professor Dr. Edgar Adler, gegenüber den veralteten Anschauungen Taylors, der „ohne jede genaue Kenntnis des menschlichen Organismus Maximalleistungen zu erpressen suchte“, die These vertritt, daß „der Arbeitsvorgang so gestaltet werden muß, daß er der Eigenart des menschlichen Motors angepaßt ist“.

Die Rationalisierung des Arbeitsvorgangs selbst ist nur eine Teilaufgabe in dem großen Gebiet der Rationalisierung der Wirtschaft, die heute in einer Reihe von Gewerbebezügen in Angriff genommen worden ist. Aber die Rationalisierung verfehlt ihren Sinn, wenn sie nicht Erleichterungen auf dem Arbeitsmarkt zur Folge hat. In einem sehr instruktiven Artikel „Rationalisierung und Arbeitsmarkt“ beschäftigt sich Friedrich Oll mit der Frage, wie die bisher durchgeführte Rationalisierung auf dem Arbeitsmarkt gewirkt hat.

Das 25jährige Jubiläum des IGB. bietet Veranlassung, sich über die weitreichenden „internationalen Verbindungen“ einen Ueberblick zu verschaffen, die „in Industrie, Handel und Verkehr“ bestehen. Paul Ufermann gibt ein anschauliches Bild dieser Internationalität des Kapitals, die nach dem Krieg zu neuem stärkeren Leben erwacht ist.

Ueber die wirtschaftliche Lage der russischen Arbeiterschaft berichtet Dr. Paul Oberg in einem Aufsatz „Der Reallohn in Sowjet-Rußland“ auf Grund russischen Materials.

Gerth Schreiner bespricht in einem Aufsatz „Industrielle und gewerkschaftliche Menschenführung im Rahmen der Gesetzgebung“ die sozial-

politischen Gegensätze, wie sie in der großen Düsseldorfer Ausstellung zutage treten.

Jack London. Die Werke dieses amerikanischen Dichters, der Fabrikarbeiter, Fischer, Austerntäuber, Matrose, Landstreicher, Goldgräber und Farmer war, sind in den Vereinigten Staaten und andern Kulturländern in riesenhaften Auflagen verbreitet — nur in Deutschland kennt man sie noch viel zu wenig. Auch in der Arbeiterklasse ist Jack London vielfach noch ein Unbekannter, trotzdem er Fleisch von ihrem Fleisch, Geist von ihrem Geist ist. Jack London, der Klassenkämpfer und Sozialist, der Feind des Krieges und Freund des Weltfriedens, zeichnet in seinen Schriften soziale Bilder von packender Anschaulichkeit, gibt revolutionäre Darstellungen von eindringlichster Gewalt. Er ist kein „Tendenzdichter“ im hergebrachten Sinne, sondern ein Künstler ersten Ranges, der seine Schilderungen mit naturhafter Wucht aus den reichen Erfahrungen seines eigenen Lebens bildete und dem heißen, farbigen Abenteuer, durchleuchtet vom Geiste unseres Jahrhunderts, zu seinem Recht in der Literatur verhalf. Strohend vor Lebenskraft und unverwüßlichem Mut, ganz unsentimental, klaren Geistes, voll von hartem Vorwärtsdrang, ist Jack London der geborene literarische Repräsentant des Proletariats, das um seinen Platz an der Sonne kämpft: seine Werke sind ideale geistige Kost, gesunde Nahrung der Arbeiterseele. Darum muß Jack London vielfältige Einkehr auch in der deutschen Arbeiterschaft halten. Bisher waren seine Werke für manchen Proletarier unerschwinglich. Nun aber hat es die Büchergilde Gutenberg übernommen, Jack London in einer billigen Volksausgabe den weitesten Kreisen zugänglich zu machen. Ende September erscheint als erstes Buch eine Sammlung abenteuerlicher Südsce-Novellen unter dem Titel „Ein Sohn der Sonne“, etwa 300 Seiten stark, in der bei der Büchergilde üblichen guten Ausstattung, in Leinen gebunden. Weitere Bände erscheinen in rascher Folge. Der Preis des einzelnen Bandes beträgt 3 M. (das sind drei Monatsbeiträge der Gilde). Wer sich für Jack London interessiert, fordere kostenlosen Prospekt von den Vertrauensleuten oder direkt von der Geschäftsstelle der Büchergilde Gutenberg, Berlin SW 61, Dreibundstraße 5.

Handlungen mit der Reichsregierung. Die nachstehende Entschlie-
ßung wurde von der Konferenz einstimmig angenommen:

„Die am 5. September 1926 in Frankfurt a. M. tagende Gau-
konferenz des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Gau Gießen, dessen
Geltungsbereich fast den gesamten Freistaat Hessen, einen großen Teil
der Regierungsbezirke Wiesbaden und Kassel, sowie die bayerische
Provinz Unterfranken umfaßt, hat festgestellt, daß auch in diesem
Gebiet seit dem Inkrafttreten des Gesetzes über Erhöhung der Tabak-
steuer vom 10. 8. 1925 die Arbeitslosigkeit unter den Tabakarbeitern
einen katastrophalen Umfang angenommen hat. Der Freistaat Hessen
steht im Reich mit seiner Erwerbslosenziffer mit an erster Stelle.
Ohne Zweifel stellen die Tabakarbeiter und -arbeiterinnen prozentual
das Hauptkontingent hierzu. Auch heute gibt es im Gau Gießen noch
Orte, wo bis zu 75 Prozent völlig erwerbslose Tabakarbeiter vorhan-
den sind und wo in absehbarer Zeit keine Möglichkeit besteht, diese
weder in der Tabak- noch in andern Industrien unterzubringen. Die
Konferenz stellt deshalb mit Genugtuung fest, daß der Vorstand des
Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, wie er dieses bei allen Tabak-
steuer- und Zollerhöhungen stets getan, auch diesmal wieder die Ini-
tiative bei der Reichsregierung ergriffen hat, um eine Ermäßigung der
Vanderzollsteuer für die unteren Preislagen der Tabakfabrikate durch-
zusetzen. Auch begrüßt es die Konferenz, daß vom Vorstand des Deut-
schen Tabakarbeiter-Verbandes bereits die erforderlichen Schritte ein-
geleitet sind, daß für die Unterstützung nach Artikel III des Tabaksteuer-
gesetzes vom 10. 8. 1925 von der Reichsregierung auch nach dem 30. Sep-
tember die erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen.
Im übrigen wünscht die Konferenz, daß der Vorstand weiter im Sinne
der Entschlie-ßung des Nordhäuser Verbandstages wirkt, bis das Ziel,
die kapitalistische Wirtschaftsanarchie in der Tabakindustrie durch eine
planmäßige Wirtschaft zu ersetzen, erreicht ist.“

Zu Punkt Verschiedenes wurden von den Delegierten noch einige
Anfragen gestellt und vom Gauleiter Kollegen Kiel beantwortet.
Im Schlußwort forderte der Kollege Eggert die Anwesenden auf,
die Sammlungen für die englischen Bergarbeiter zu unterstützen. Unter
dem Beifall der Delegierten konnte er feststellen, daß die Konferenz
ihre Arbeiten in festester Einmütigkeit beendet habe, nun aber die
Hauptarbeit noch vor uns liege. Ein jeder habe mit dem festen Vorsatz
hinauszugehen an die Werbearbeit und den Deutschen Tabakarbeiter-
Verband zu dem gewaltigen Machtinstrument zu machen, das die
deutsche Tabakarbeiterchaft gebrauche, um sich nach jeder Richtung hin
bessere Lebensbedingungen zu schaffen. Mit einem begeisterten Hoch
auf den Deutschen Tabakarbeiter-Verband wurde die Konferenz ge-
schlossen.

Konferenz für den Kreis Minden

Am 5. September fand in der Tonhalle in Minden eine Konferenz
der Zahlstellenvertreter des Kreises Minden statt. Die Konferenz
wählte die Kollegen Sasse (Minden) und Brand (Rehme) zu
Vorständen und Kruse (Nordhemmern) zum Schriftführer. Zum
1. Punkt der Tagesordnung berichtete Gauleiter Schlüter über die
Durchführung der Sonderunterstützung im Kreise Minden. Während
im Kreise Herford und Lübbecke keine Beschwerdefälle mehr vorhanden
und im Freistaat Lippe alle Beschwerden geregelt seien, wäre das im
Kreise Minden nicht der Fall. Den Tabakarbeitern mehrerer Firmen
sei die Gewährung der Unterstützung auf Grund des Artikels III des
Tabaksteuergesetzes abgelehnt worden, weil nach einem Gutachten eines
Beamten des Gewerbeaufsichtsamtes die schlechte Wirtschaftslage und
nicht die Tabakzollerhöhung Ursache des Absatzmangels bei diesen
Firmen sei. Das Gutachten der Gewerbeaufsicht sei durch Sachkenntnis
nicht getrübt. Er habe wegen dieser Gutachten bei der Regierung in
Minden verhandelt, wo eine Nachprüfung durch die Mindener Handels-
kammer versprochen worden sei. Das Arbeitsamt Minden habe aber
nicht die Mindener Handelskammer mit der Prüfung beauftragt, son-
dern denselben Beamten, der das Gutachten abgegeben habe. Das sei
ganz ungeheuerlich und unglaublich. Der Beamte habe die Firmen
aufgesucht und Nachfrage gehalten. Vom Zigarrenabsatz habe er aber
nichts verstanden und Belehrungen nicht angenommen. Er habe sein
Gutachten dann auch für richtig erklärt. Nun sei ein tolles Durch-
einander im östlichen Westfalen entstanden. Die Arbeiter der Firma
Kiemann & Tintelnot in Blotho erhalten Unterstützung. Die in der-
selben Fabrik beschäftigten Arbeiter, die in Ufeln, im Kreise Minden,
wohnen, erhalten keine Unterstützung. In Lübbecke haben Arbeiter der
Firma Aug. Blase die Unterstützung bekommen, im Kreise Minden
aber nicht. Bei Langhans & Jürgensen sei den Arbeitern im Kreise
Herford die Kurzarbeiterunterstützung gezahlt. Auch in Rehme sei sie
erst bezahlt, ist dann aber plötzlich entzogen worden. Die Arbeiter, die
bei den gleichen Firmen arbeiteten, könnten es nicht begreifen, daß sie
mit zweierlei Maß gemessen würden. Nun habe die Regierung in
Minden unterm 10. August 1926 auf Grund einer Beschwerde mit-
geteilt, daß die Arbeitsämter in den Fällen, in denen sie für Tabak-
arbeiter solcher Firmen Unterstützung zahlen, deren Sitz bzw. Haupt-
betriebe sich in einem fremden Arbeitsnachweisbezirk befinden, sich mit
diesem ins Benehmen setzen sollen. In den Beschwerdefällen soll hier-
nach verfahren werden. Solch einen Zustand habe er vorausgesehen.
Ganz besonders, als er die Behandlung erfahren habe, die den Tabak-
arbeitern im Amte Rehme zuteil wurde. Er habe aus diesem Grunde
den Regierungspräsidenten in Minden um die Einberufung einer
Konferenz gebeten, wie sie 1909 und 1920 stattgefunden habe. Die
Regierung in Minden hat aber kein Verständnis dafür bewiesen.
Der Referent gibt dann einen Ueberblick über die unzähligen Be-
schwerden, die er hat einreichen müssen, und die Antworten, die er
darauf bekommen hat.

In der Diskussion berichtet Waltermann (Blotho), daß die
Arbeiter der Firma Schöning die Kurzarbeiterunterstützung bekommen
hätten. Denen aber, die in Badbenhausen im Kreis Minden wohnten,
sei sie durch ein Schreiben des Kreis Ausschusses abgelehnt. Sie le-
mann (Werste) kritisiert scharf das Verhalten des Leiters des Ar-
beitsamtes in Rehme. Tabakarbeiterinnen seien mit Tränen in den
Augen zu ihm gekommen und hätten sich beklagt. Der Kollege Schlüter
habe seine volle Pflicht getan, das habe er in seinem Referat nach-
gewiesen. Nachdem noch mehrere Redner Fälle vorgebracht, die Anlaß
zu Beschwerden geben, wurde folgende Entschlie-ßung angenommen:

„Die von 50 Vertretern der Ortsgruppen des Deutschen Tabak-
arbeiter-Verbandes im Kreise Minden besuchte Konferenz legt
entschieden Protest gegen die Handhabung der Bestimmungen des Ar-
tikels III des Tabaksteuergesetzes im Kreise Minden ein. Ganz besonders
wird die Art der Abfertigung der Tabakarbeiter bei verschiedenen
Arbeitsnachweisen des Kreises verurteilt. Von Tabakarbeitern ein-
gereichte Beschwerden sind vielfach nicht beantwortet worden. Die
Konferenz fordert, daß Ablehnungen von Unterstützung mit schriftlicher
Begründung gegeben werden. Die Gauleitung wird beauftragt, so
lange für die beschiedenen Rechte der Tabakarbeiter zu kämpfen, bis
sie dem Willen des Gesetzgebers entsprechend erledigt sind.“

Zum Punkt 2 der Tagesordnung, Internationale gewerkschaftliche
Werbewoche, wird nach kurzer Aussprache beschlossen, daß in allen
Zahlstellen durch Hausagitation an die Unorganisierten herangetreten
werden soll. Alle Zahlstellen erhalten eine Anzahl „Tabak-Arbeiter“
zu dieser Agitation. Das Resultat der Werbewoche ist der Gauleitung
bis zum 20. September mitzuteilen. Zu Versammlungen werden Refe-
renten durch die Gauleitung vermittelt. Nachmittags 2½ Uhr konnte
Kollege Sasse die Konferenz schließen. Hoffen wir, daß sie dazu bei-
trägt, daß nunmehr auch im Kreise Minden eine rege Agitation einsetzt.

Leipzig. Von der Zahlstelle Leipzig geht uns ein Bericht über
eine Mitgliederversammlung zu, die am 4. September im Volkshaus
stattgefunden hat. Brähen wir diesen Bericht wortgetreu zum Ab-
druck, so würde er Anlaß zu weiteren unerquidlichen Auseinander-
setzungen geben, ohne daß der Verband oder einzelne Mitglieder da-
von irgendwelchen Nutzen hätten. Wir beschränken uns deshalb
darauf, unter Ausschaltung aller persönlichen Momente, sachlich von
der Meinung der Leipziger Mitgliederversammlung Kenntnis zu
geben und schließen dann die Auseinandersetzung im „Tabak-Arbeiter“
über den Konflikt zwischen der Leipziger Kollegenschaft einerseits und
der Gauleitung und den Arbeitervertretern im Bezirkslichen Schlich-
tungsausschuß andererseits.

Nach dem uns zugegangenen Bericht gab der Kollege Beier in
sachlicher und ausgiebiger Weise den Bericht von der Gaukonferenz
in Halle. In der Aussprache, an der sich zehn Redner beteiligten,
kam der Unmut der Leipziger Kollegenschaft über den Verlauf und
das Ergebnis der Gaukonferenz zum Ausdruck. Ein besonderer Un-
wille herrschte über den Bericht von der Gaukonferenz im „Tabak-
Arbeiter“ Nr. 36. So seien die mehr als einstündigen Ausführungen
des Kollegen Weder mit keinem Wort erwähnt. Kollege Weder
brachte zum Ausdruck, daß der Bericht, soweit er gegen seine Person
gerichtet sei, den Beweis erbringe, daß er seine Pflicht als Gewerks-
schafter getan habe. Kollege Fahlke bestritt die Richtigkeit der Dar-
stellung der Vorgänge beim sogenannten Festessen. Aus der Mitte der
Versammlung wurde dann eine Entschlie-ßung eingebracht, worin u. a.
gegen die einseitige Berichterstattung im „Tabak-Arbeiter“ Nr. 36 von
der Gaukonferenz in Halle schärfster Protest erhoben wird und die
Versammelten sich mit der Haltung ihrer Delegierten auf der Gau-
konferenz einverstanden erklären. Diese Entschlie-ßung fand einstim-
mig Annahme. Nach Erledigung einer Reihe geschäftlicher Ange-
legenheiten wurde die Versammlung mit einem Appell des Kollegen
Weder zum festen Zusammenhalt im Verband geschlossen.

Redaktion des „Tabak-Arbeiter“.

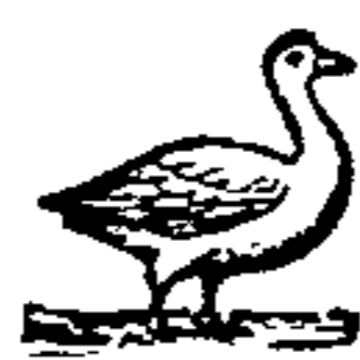
Pietzsch & Berndt

«Rohtabakhandlung» :: Dresden-A., Ostr.-Allee 25

Empfehlen sämtliche Gattungen Rohtabake
zur Zigarrenfabrikation

Fordern Sie Preisliste ein!

Billige, böhmische Bettfedern



1 Kilo graue, geschlossene G.-M. 3.—, halbweiße G.-M. 4.—
weiße G.-M. 5.—, bessere G.-M. 6.—, 7.—, daunenweiche
G.-M. 8.—, 10.—, beste Sorte G.-M. 12.—, 14.—, weiße un-
geschlossene Rupffedern G.-M. 7.50, 8.50, beste Sorte G.-M.
10.—. Versand franko, zollfrei gegen Nachnahme. Muster
frei Umtausch und Rücknahme gestattet.

Benedikt Sachsel, Lobes 245 b. Pilsen-Böhmen

Kollegen u. Kolleginnen

werbt unermüdetlich für den Verband!